

presse

Steigende Studienanfängerzahl – trotz Schavan

Anlässlich der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zur steigenden Studienanfänger- und Studierendenzahl im Studienjahr 2011 und den Versäumnissen der Bundesbildungsministerin, erklärt der zuständige Hauptberichterstatler im Haushaltsausschuss Klaus Hagemann:

515.800 Studienanfänger im Studienjahr 2011 sind ausgesprochen erfreulich. Sowohl die Studienanfängerquote von 55 Prozent eines Jahrganges als auch das steigende Interesse an den MINT-Fächern sind in jeder Beziehung zu begrüßen. Umso ärgerlicher ist es dagegen, dass gerade Bildungsministerin Schavan auf den vorhersehbaren „Run“ nicht ausreichend reagiert hat, sagt Klaus Hagemann.

515.800 Studienanfänger im Studienjahr 2011 sind ausgesprochen erfreulich. Sowohl die Studienanfängerquote von 55 Prozent eines Jahrganges als auch das steigende Interesse an den MINT-Fächern sind in jeder Beziehung zu begrüßen.

Umso ärgerlicher ist es dagegen, dass gerade die Bundesbildungsministerin auf den vorhersehbaren "Run" nicht ausreichend reagiert hat. Gerade mal gut 90 bisher bewilligte Professoren aus dem Qualitätspakt Lehre sind ein beredtes Zeichen für politisches Unvermögen. Wenn von 140 Millionen Euro die zur Verfügung stehen, bei steigenden Studierendenzahlen bislang lediglich zwei - und damit ganze 1,5 Prozent - tatsächlich bei den Universitäten angekommen sind, zeigt sich unverkennbar die reine Ankündigungsministerin. Das - nach BMBF-Selbstdarstellung - "größte Förderprogramm, das je zur

Qualitätsverbesserung der Hochschullehre aufgelegt wurde", verpufft bislang, weil die Ministerin nichts rechtzeitig umgesetzt bekommt.

So fehlt auch noch immer ein bundesweites Online-Zulassungssystem. Für die Studienanfänger ist das eine erste, unnötige Hürde auf dem Weg in eine erfolgreiche akademische Ausbildung.

Um den steigenden Studienanfängerzahlen an Universitäten und Fachhochschulen gerecht zu werden, fordert die SPD-Fraktion demgegenüber bei den laufenden Haushaltsberatungen zusätzliche 460 Millionen Euro allein für das kommende Jahr. Damit soll eine Personaloffensive an den Hochschulen, die Finanzierung von mindestens 50.000 zusätzliche Studienplätzen und der Ausbau des BAföGs sichergestellt werden.